



Berliner Wassertisch grüßt Protestlawine gegen „Stuttgart 21“

www.berliner-wassertisch.net

Berlin, den 01. Sept. 2010

Grußbotschaft des Berliner Wassertischs an die Menschen in Stuttgart

Gegen den Willen der Bürger, gegen alle Vernunft, gegen Gemeinwohl und Demokratie soll das Wahnsinnsprojekt „Stuttgart 21“ erzwungen werden. Begeistert und inspiriert vom täglichen Anwachsen Eurer Bürgerbewegung sendet der Berliner Wassertisch solidarische Grüße an die Menschen in Stuttgart: In gleicher Mission an anderem Ort auf den Weg in eine neue Bürgergesellschaft. Bleibt ungebrochen, schreibt Eure Geschichte zu Ende, lasst Euch nicht über den Tisch ziehen, auch wenn es ein „runder“ ist!

Eines offenbart sich immer mehr: Die so genannte repräsentative Demokratie repräsentiert immer weniger den Bürgerwillen. Entscheidungen werden heutzutage immer mehr von Lobbyinteressen, internationalen Beratungsagenturen und Bürokraten getroffen, denen jedes demokratische Mandat fehlt. Am Ende dieser Entscheidungsprozesse stehen dann merkwürdige, in der Regel geheim gehaltene Verträge ohne Kündigungs-, Ausstiegs- und Regressklauseln. Wenn es dann immer teurer wird, dann freut sich die Baumafia mit all ihren "Investoren", während den Bürgern immer tiefer in die Tasche gegriffen wird. Die eigentliche Unverschämtheit besteht jedoch darin, dass uns diese Politik des Ausverkaufs und der Entmündigung als "alternativlos" verkauft wird.

Völlig überteuerte Großprojekte zu finanzieren, während gleichzeitig in zahlreichen Städten Bibliotheken, Schwimmbäder, Theater, Krankenhäuser geschlossen werden und das wichtige Vermögen der öffentlichen Daseinsvorsorge an Heuschrecken und andere verschert wird, all das brauchen wir nicht länger widerstandslos hinzunehmen. Auch brauchen wir mehr als nur "runde Tische". Was wir brauchen sind verbindliche Verfahren, um alle Bürger zu beteiligen. In Hamburg hat eine Volksinitiative ein vorbildliches, nachahmenswertes Beispiel in die Wege geleitet. Dort soll die Verfassung um einen kleinen Artikel mit großer Wirkung geändert werden.

„In Art. 50 der Hamburger Verfassung wird folgender Absatz eingefügt:

(4b) Ein Verkauf von öffentlichen Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg, die dem Gemeinwohl, der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur der Freien und Hansestadt Hamburg dienen, setzt einen Volksentscheid voraus. Dasselbe gilt für den Verkauf von Anteilen. Der Senat führt den Volksentscheid innerhalb von vier Monaten nach dem Verkaufsbeschluss durch.“

Das in Verbindung mit einer Änderung des so genannten **Informationsfreiheitsgesetz**, um zu gewährleisten, dass

alle Verträge der öffentlichen Daseinsvorsorge vollständig transparent offen gelegt werden, ist das Mindeste, was geschehen muss, damit unsere Demokratie nicht unter die Räder kommt.

Zurzeit läuft unser Volksbegehren zur Offenlegung von Geheimverträgen, die im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe geschlossen worden sind. Bis zum 27. Oktober brauchen wir 172.000 Berliner, die unser Volksbegehren unterschreiben. **Daher unsere Bitte: Informiert all Eure Freunde und Bekannten, die in Berlin leben, unser Volksbegehren zu unterstützen.** Wenn wir alle unsere sozialen Netzwerke aktivieren, dann können wir gemeinsam viel erreichen!

Näheres unter www.berliner-wassertisch.net



Im Auftrag unserer Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“:

Ulrike von Wiesenau & Thomas Rudek – Sprecher des Volksbegehrens (Tel.: 030 – 261 33 89)